

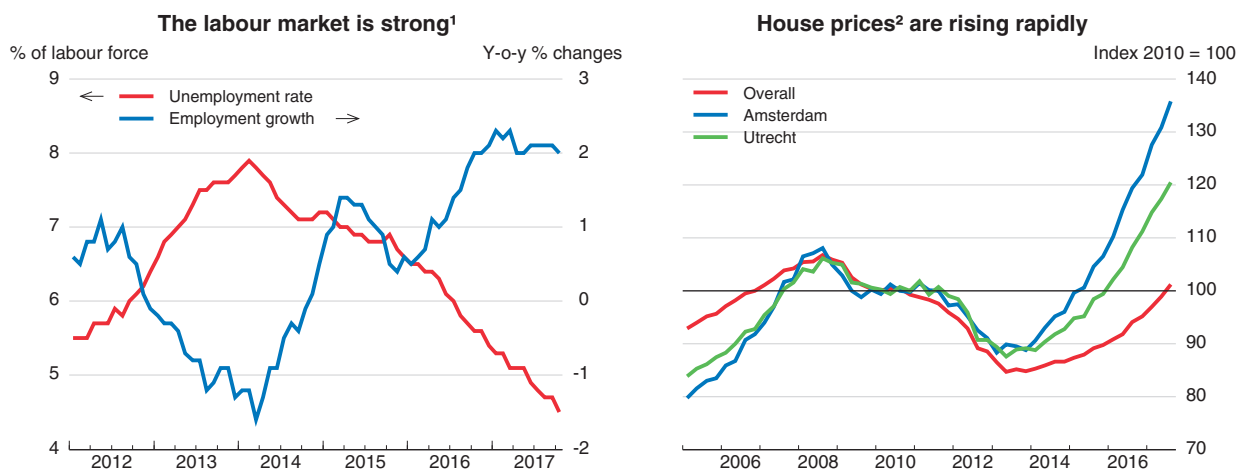
NIEDERLANDE

Das BIP-Wachstum wird 2018 und 2019 voraussichtlich stark und breitbasiert bleiben. Das Wachstum des privaten Konsums wird 2018 infolge eines kräftigen Arbeitsmarkts und eines expansiveren fiskalpolitischen Kurses einen Höchststand erreichen, bevor es sich 2019 abschwächen wird. Die Unternehmensinvestitionen dürften unter dem Einfluss eines günstigeren Konjunkturklimas und einer soliden Exportnachfrage lebhaft expandieren. Lohnauftrieb und Inflation werden den Projektionen zufolge allmählich steigen. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte nach und nach abnehmen, aber auf hohem Niveau verharren.

Die akkommodierende Geldpolitik im Euroraum wird weiterhin die Nachfrage stützen. Fiskalpolitische Maßnahmen aus dem vor kurzem geschlossenen Koalitionsvertrag werden die Konjunktur ebenfalls stützen, vor allem 2018. Zur Schaffung eines inklusiveren Wachstums sollte mit Arbeitsmarktreformen darauf hingewirkt werden, dass es für die Arbeitskräfte leichter wird, gute Arbeitsplätze zu finden. Um zu erreichen, dass weniger stark auf atypische Beschäftigungsformen zurückgegriffen wird, könnte die Obergrenze für Abfindungszahlungen herabgesetzt und die Effizienz der Entlassungsregelungen gesteigert werden. Eine verbesserte Kreditzufuhr für KMU und erhöhte öffentliche Ausgaben für FuE würden eine höhere Investitionstätigkeit fördern und zur Verringerung eines der größten Leistungsbilanzüberschüsse des Euroraums beitragen.

Die Wohnimmobilienpreise haben sich erholt. In einigen großen Städten liegen sie inzwischen über dem vor der weltweiten Finanzkrise verzeichneten Niveau. Infolge ihrer hohen Hypothekenverschuldung sind die privaten Haushalte anfällig gegenüber Wohnungspreisrückgängen. Die Absenkung der Beleihungsgrenze bei neuen Hypothekenkrediten sowie der Steuervergünstigungen für Hypothekenzinsen sollte schneller vorstattengehen als geplant, um die Risiken zu verringern. Eine Lockerung der strengen Regulierung des privaten Mietwohnmarkts würde das Wohnraumangebot verbessern und ein überhöhtes Wachstum der Wohnimmobilienpreise bremsen.

Netherlands



1. Data are seasonally adjusted and refer to the population aged between 15 and 75.

2. Price index of existing own homes that are located on Dutch territory and sold to private individuals.

Source: Statistics Netherlands (CBS).

Netherlands: **Demand, output and prices**

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Current prices EUR billion	Percentage changes, volume (2010 prices)				
GDP at market prices	663.1	2.3	2.1	3.3	3.1	2.4
Private consumption	296.7	2.0	1.5	2.3	2.5	1.8
Government consumption	172.0	-0.2	1.1	1.1	3.1	2.8
Gross fixed capital formation	119.5	11.0	5.2	6.1	4.0	3.2
Final domestic demand	588.2	3.2	2.2	2.8	3.0	2.4
Stockbuilding ¹	3.0	0.1	-0.4	-0.2	-0.2	0.0
Total domestic demand	591.2	3.3	1.8	2.6	2.8	2.4
Exports of goods and services	547.7	6.5	4.1	5.8	5.0	4.8
Imports of goods and services	475.8	8.4	3.9	5.3	4.9	5.2
Net exports ¹	71.9	-0.7	0.6	1.0	0.6	0.2
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	—	0.8	0.6	0.8	1.6	2.0
Harmonised index of consumer prices	—	0.2	0.1	1.3	1.7	2.0
Harmonised index of core inflation ²	—	0.9	0.6	0.8	1.6	2.0
Unemployment rate (% of labour force)	—	6.9	6.0	4.9	4.5	4.2
Household saving ratio, net ³ (% of disposable income)	—	6.5	6.4	6.1	5.3	5.5
General government financial balance (% of GDP)	—	-2.1	0.4	0.6	0.6	0.9
General government gross debt (% of GDP)	—	77.5	75.3	73.1	70.7	68.3
General government debt, Maastricht definition (% of GDP)	—	64.6	61.8	59.6	57.2	54.8
Current account balance (% of GDP)	—	8.7	9.0	9.4	9.3	9.2

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. Harmonised index of consumer prices excluding food, energy, alcohol and tobacco.

3. Including savings in life insurance and pension schemes.

Source: OECD Economic Outlook 102 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933632881>

Eine starke Inlands- und Auslandsnachfrage gibt dem Wachstum Auftrieb

Das Wirtschaftswachstum ist weiterhin kräftig. Das gute Konsum- und Geschäftsklima äußert sich in einem robusten Verbrauch und einem starken Wachstum der Unternehmensinvestition. Eine kräftige Auslandsnachfrage, vor allem aus anderen Euroländern, begünstigt eine rasche Expansion der Ausfuhren. Das Wachstum der Wohnungsbauinvestitionen ist weiterhin kräftig, auch wenn es sich kürzlich etwas verlangsamt hat. Der Verbraucherpreisauftrieb liegt unter 2%.

Die Arbeitsmarktlage ist nach wie vor gut, und die Arbeitslosenquote erreicht neue Tiefstände. Der wachsende Anteil der befristet Beschäftigten und Selbstständigen könnte allerdings auf eine Verringerung der Beschäftigungsqualität hindeuten. Würde die Obergrenze für Abfindungszahlungen abgesenkt und für eine größere Effizienz der Entlassungsregelungen gesorgt, könnte die Kluft zwischen unbefristet und befristet Beschäftigten verringert werden. Durch eine weitere Herabsetzung der Obergrenze für Arbeitslosenleistungen ließen sich die Anreize zur Arbeitsuche für Hochqualifizierte erhöhen, wodurch die Effizienz der Arbeitsallokation gesteigert würde.

Es besteht Spielraum für weitere fiskalpolitische Maßnahmen

Im kürzlich geschlossenen Koalitionsvertrag angekündigte Maßnahmen werden nicht nur einen positiven kurzfristigen Effekt auf die Wirtschaftstätigkeit, sondern auch einen

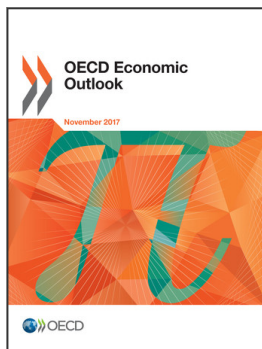
längerfristigen Effekt auf das Wachstum haben. Erhöhte Gesundheits- und Sozialausgaben werden sich in unmittelbaren Konjunkturimpulsen niederschlagen, während die schrittweise Absenkung der Körperschaftsteuersätze einen dauerhafteren Effekt ausüben wird. Angesichts der gesunden Haushaltslage sollte die Steuer- und Ausgabenstruktur weiter in Richtung von Maßnahmen verschoben werden, die das langfristige Wachstumspotenzial steigern. Eine weitere Senkung der Steuersätze für Niedrigeinkommensbezieher und Zweitverdiener mit kleinen Kindern würde Ungleichheiten reduzieren und die Erwerbsbeteiligung der Frauen fördern. Mehr direkte staatliche FuE-Finanzierung als Ergänzung zu den existierenden Steuervergünstigungen für private FuE-Ausgaben würde den Kapitalstock stärken. Die Haushaltskosten solcher Maßnahmen sollten durch den Abbau weniger wachstumsfördernder Steuervergünstigungen oder die Anhebung weniger verzerrend wirkender Steuern ausgeglichen werden. Beispielsweise könnte die Differenz zwischen dem ermäßigten und dem regulären Mehrwertsteuersatz zusätzlich zu der für 2019 geplanten Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes verringert werden.

Infolge ihrer hohen Verschuldung – vor allem mit Hypothekenkrediten – sind die privaten Haushalte besonders anfällig gegenüber einem Rückgang der Wohnimmobilienpreise. Um dieser Herausforderung zu begegnen, sollte die Herabsetzung der Beleihungsgrenze für neue Hypothekenkredite beschleunigt und das Tempo der Verringerung der Steuervergünstigungen für Zinszahlungen, das die neue Regierung erhöhen will, weiter gesteigert werden. Um das Wohnungsangebot zu verbessern und den Preisanstieg auf überhitzten Märkten zu bremsen, sollte die strenge Regulierung des privaten Mietwohnmarkts gelockert werden.

Das Wachstum wird kräftig bleiben

Dank geringer Kreditkosten, einem hohen Produzentenvertrauen und einer robusten Inlandsnachfrage wird in den Projektionen von einem weiterhin kräftigen Wachstum der Unternehmensinvestitionen ausgegangen. Das Wachstum des Konsums der privaten Haushalte wird sich 2018 aufgrund günstiger Arbeitsmarktbedingungen und steter Beschäftigungszuwächse voraussichtlich beleben, bevor es 2019 in Reaktion auf die geplante Anhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes nachgeben wird. Infolge einer zunehmend angespannten Lage am Arbeitsmarkt und an den Produktmärkten wird die Inflation gegen Ende des Projektionszeitraums voraussichtlich auf über 2% ansteigen. Der fiskalpolitische Kurs wird den Projektionen zufolge 2018 expansiv und 2019 weitgehend neutral ausgerichtet sein. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte groß bleiben, sofern es nicht zu wesentlichen Änderungen des Spar- und Investitionsverhaltens kommt.

Das größte Abwärtsrisiko ist die Ungewissheit im Zusammenhang mit den Brexit-Verhandlungen und dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Die Niederlande sind davon aufgrund ihrer starken Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich stärker betroffen als viele andere europäische Länder. Ein weiteres großes Risiko geht bei diesen Projektionen von der Möglichkeit einer jähen Korrektur der Wohnimmobilienpreise aus, die zu einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen und einem schwächeren Verbrauchswachstum führen könnte. Ein Abschwung am Wohnimmobilienmarkt hätte aufgrund des Engagements der inländischen Banken auf diesem Markt auch erhebliche Konsequenzen für die Finanzstabilität. Eine Verringerung der Unsicherheit könnte demgegenüber zu einem über Erwartungen kräftigen Wachstum der Unternehmensinvestitionen und des privaten Konsums führen. Eine stärkere Expansion des Welthandels würde dem Wirtschaftswachstum im Projektionszeitraum zusätzlich Auftrieb geben.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2017 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2017-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2017), "Niederlande", in *OECD Economic Outlook, Volume 2017 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2017-2-35-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.